



Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

19. Februar 2024

Ägypten

Drei Journalistinnen aus Untersuchungshaft entlassen

Medienangaben zufolge haben die Behörden am 07.02.24 32 Personen aus der Untersuchungshaft entlassen. Unter den Freigelassenen befanden sich laut dem Leiter des ägyptischen Journalistenverbandes drei für die staatlichen Medien tätige Journalistinnen, die seit dem Jahr 2022 ohne Gerichtsverfahren inhaftiert waren. Die drei Journalistinnen waren für ihre kritische Haltung gegenüber der Regierung und Korruption innerhalb der staatlichen Medien bekannt und wurden von der Staatsanwaltschaft wegen der Verbreitung von Falschnachrichten bzw. der Förderung terroristischer Handlungen in den sozialen Medien angeklagt. Unklar bleibt jedoch, ob die Anklage gegen sie fallengelassen wurde oder sie noch vor Gericht gestellt werden.¹

Oppositionspolitiker sowie dessen Unterstützerinnen und Unterstützer zu Gefängnisstrafe verurteilt

Am 06.02.24 verurteilte ein Kairoer Gericht den Oppositionspolitiker Ahmed al-Tantawi, dessen Wahlkampfberater sowie 21 seiner inhaftierten Unterstützenden Medienangaben zufolge zu einer einjährigen Gefängnisstrafe. Ihnen werden mutmaßliche Straftaten im Zusammenhang mit al-Tantawis Kandidatur im Präsidentschaftswahlkampf im Jahr 2023 vorgeworfen. Des Weiteren schloss das Gericht al-Tantawi für fünf Jahre von der Kandidatur bei nationalen Wahlen aus. Aufgrund der eingereichten Berufung gegen das Urteil wurden al-Tantawi wie auch sein Wahlkampfberater gegen die Zahlung einer Kaution freigelassen. Im Oktober 2023 hatte der Oppositionspolitiker aufgrund fehlender Unterstützungsbekundungen seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen im Dezember 2023 zurückgezogen. Al-Tantawis Behauptungen, die Behörden hätten im Wahlkampf versucht, zahlreiche Menschen an der Stimmabgabe für seine Kandidatur zu hindern und die Abhaltung seiner Wahlkampfveranstaltungen erschwert, sei der nationalen Wahlbehörde zufolge unbegründet (vgl. BN v. 09.10. u. 16.10.23).²

Äthiopien

NGO berichtet von 45 zivilen Toten in Amhara

Die äthiopische Menschenrechtskommission (Ethiopian Human Rights Commission, EHRC) bestätigte am 13.02.24 Augenzeugenberichte, nach denen staatliche Sicherheitskräfte in der Stadt Merawi (Gojjam-Zone) im Regionalstaat Amhara Ende Januar 2024 mindestens 45 Menschen getötet hätten, weil sie verdächtigt worden seien, die amharische Fano-Miliz unterstützt zu haben. Andere Quellen berichten von bis zu 80 Toten. Sowohl die USA als auch die EU fordern eine unabhängige Untersuchung. In den Tagen zuvor war es zu heftigen Kämpfen zwischen der äthiopischen Armee (ENDF) und Fano gekommen. Als sich die Miliz zurückzog, seien die Soldaten von Haus zu Haus gegangen und hätten Bewohnende wahllos hingerichtet. Die äthiopische Regierung bestritt die Vorwürfe. Ein Regierungssprecher erklärte, Soldaten wären bei Hausdurchsuchungen unter Beschuss geraten und hätten in

„Selbstverteidigung“ gehandelt. Die Behörden haben das Internet in Amhara abgeschaltet und den Zugang für Medienschaffende beschränkt, so dass die unabhängige Überprüfung der Ereignisse nicht möglich ist. In Amhara kommt es seit Juni 2023 immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Konfliktparteien (vgl. BN v. 26.06.23). Im August 2023 verhängte die Regierung den Ausnahmezustand über die Region (vgl. BN v. 07.08.23), der im Januar nochmals verlängert wurde. Fano war zusammen mit den regionalen Streitkräften von Amhara und dem eritreischen Militär Verbündete mit der äthiopischen Armee im Konflikt im benachbarten Regionalstaat Tigray, der im November 2022 mit einem Abkommen beendet wurde (vgl. BN v. 07.11.22). Darin war u.a. auch die Demobilisierung der Fano vorgesehen (vgl. BN v. 15.11.22), die ihre Entwaffnung jedoch verweigerte. Seitdem eskaliert der Konflikt. Während die ENDF die Städte kontrolliert, findet Fano zunehmend Unterstützung in den ländlichen Regionen.³

Afghanistan

Verfolgungslage: Enteignungen in Panjshir, Körperstrafen, Verhaftungen

Mehreren Medienberichten zufolge hat die NGO Panjshir Worldwide Council einen Bericht veröffentlicht, demzufolge in der Provinz Panjshir ca. 21.000 Taliban stationiert sind. Diese haben dort 285 Häuser, 13 Moscheen und zwölf Schulen beschlagnahmt und in Militärstützpunkte oder Wohnsitze für die Familien der Taliban-Führer umgewandelt. Am stärksten betroffen sind die Distrikte Bazarak, Annabe und Rokha.

Am 14.02.24 ließen die Taliban in der Provinz Bamiyan 13 Personen wegen außerehelicher Beziehungen und Diebstahls auspeitschen. Die Strafen im Anschluss reichten von zwei bis zu sieben Jahren Gefängnis (letzteres für Mord und Diebstahl). Augenzeugen berichten, dass die Taliban am Valentinstag willkürlich Paare, die auf der Straße flanierten, verhaftet und diese wegen unehelicher Beziehungen bestraft haben.

In der Provinz Kunduz verhafteten die Taliban am 13.02.24 vier Frauen wegen Verstoßes gegen die Kleiderordnung. Die Taliban haben am 15.02.24 zwei Soldaten der ehemaligen Regierung in der Provinz Maidan Wardak festgenommen. Beide sind ethnische Hazara und sollen mit der Nationalen Widerstandsfront kooperiert haben. Am 09.02.24 wurde ein ehemaliger Mitarbeiter des Innenministeriums durch die Taliban in der Provinz Maidan Wardak verhaftet. Am 12.02.24 eröffneten die Taliban an einem Checkpoint das Feuer auf ein Taxi und töteten dabei alle fünf Insassen. Der Fahrer soll Warnungen missachtet haben.⁴

Burkina Faso / Mali / Niger

Sahel-Allianz: Rückzug aus ECOWAS bestätigt

Drei Minister der Sahelstaaten Burkina Faso, Mali und Niger haben sich nach Angaben des malischen Außenministeriums vom 15.02.24 in Ouagadougou zu einem Treffen versammelt, um die Zusammenarbeit der drei Länder im Rahmen der im September 2023 gegründeten Allianz der Sahelstaaten (AES) fortzusetzen und auszuweiten. Medienberichten zufolge haben die drei Mitglieder außerdem ihre gemeinsame Verpflichtung bekräftigt, unverzüglich aus der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) auszutreten. Die drei Militärregierungen hatten am 28.01.24 ihren sofortigen Austritt aus der ECOWAS bekannt gegeben (vgl. BN v. 29.01.24). Einzelheiten über geplante Ziele und Inhalte der Allianz seien nicht öffentlich bekannt gegeben worden.⁵

DR Kongo

Einsatz von Tränengas bei Demonstrationen gegen westliche Organisationen

Am 12.02.24 haben Bürgerinnen und Bürger im Botschaftsviertel Gombe der Hauptstadt Kinshasa und weiteren Städten des Landes gegen die Präsenz westlicher Organisationen im Land und gegen westliche Regierungen im Allgemeinen demonstriert. Medienberichten zufolge setzten die Protestierenden mehrere Autos und belgische Flaggen in Brand, während sie sich vor mehreren Botschaften, wie beispielsweise der französischen, US-amerikanischen oder britischen Botschaft, postierten. Dutzende Polizeibeamte seien im Viertel stationiert worden und zur Verteidigung der Botschaften auch mit Tränengas gegen die Demonstrierenden vorgegangen.

Der Leiter der UN-Friedensmission in der Demokratischen Republik Kongo (MONUSCO) berichtete bereits von Angriffen in Kinshasa auf Mitarbeitende und Fahrzeuge der Mission am 10.02.24.

Die instabile Lage im Osten des Landes spitzt sich durch weitere Gefechte und die zunehmend kritische humanitäre Situation weiter zu. Angesichts dessen werfen die Protestierenden westlichen Diplomaten vor, sich zu Komplizen Ruandas zu machen. Ruanda sei wiederum schuldig, die Rebellengruppe Mouvement 23-Mars (M23) zu unterstützen, welche den Osten der DR Kongo destabilisiert. Im Osten Kongos kämpft die kongolesische Armee gemeinsam mit burundischen Soldaten und Streitkräften der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas (SADC) gegen die Rebellengruppe M23. Mehrere Millionen Menschen aus der maßgeblich betroffenen Provinz Nord-Kivu befinden sich auf der Flucht. Die Kapazitäten der Aufnahmeeinrichtungen und die Möglichkeiten der Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten kommen zunehmend an ihre Grenzen. Internationale Organisationen zeigen sich angesichts der humanitären Lage besorgt.⁶

El Salvador

Tod eines ehemaligen Sicherheitsberaters in Haft

Laut offiziellen Angaben vom 08.02.24 ist der inhaftierte, ehemalige Sicherheitsberater der Regierung Bukele, Alejandro Muyschondt, am Vortag nach Verlegung in einem Krankenhaus verstorben. Als vorläufige Todesursache nennt das Rechtsmedizinische Institut ein Lungenödem, die Anwältin der Familie hat jedoch über mehrere, ungeklärte Verletzungen am Leichnam informiert und berichtet von weiteren Unregelmäßigkeiten in Bezug auf den Fall. Muyschondt war von Staatspräsident Bukele als Doppelagent beschuldigt worden und u.a. in Zusammenhang mit der Weitergabe von klassifizierten Informationen und Dokumenten an den ehemaligen Präsidenten Funes bzw. an die Medien bzgl. von Korruptionsanschuldigungen gegen einen Abgeordneten der Nuevas Ideas Regierungspartei im August 2023 festgenommen worden.⁷

Haiti

Sicherheitslage: Gewaltsame Proteste, steigende Todeszahlen, Gerichtsurteil bzgl. Sicherheitsmission

Die Sicherheitslage in Haiti bleibt weiter extrem angespannt und hat sich zuletzt erneut verschlechtert: Während sich die Zahl der im Zusammenhang mit andauernden Bandenkämpfen getöteten Personen von 2022 auf 2023 verdoppelt und die Zahl der Entführungen fast verdoppelt hat, waren allein im Januar 2024 mehr als 800 Zivilpersonen von Bandengewalt in Form von Tötungsdelikten, Verletzungen oder Entführungen betroffen. Die Gewalt in Zusammenhang mit Bandenkämpfen um Einflussgebiete hatte sich im letzten Jahr zudem auch auf einige ländliche Gegenden außerhalb von Port-au-Prince ausgebreitet. Ein UN-Bericht thematisierte dies besonders in Bezug auf das Artibonite Department und die damit verbundenen negativen Auswirkungen auf die dortige Landwirtschaft bzw. daraus resultierende Probleme für die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung. Die UN warnten zudem immer wieder vor gewaltsamer Vertreibung, dem Einsatz geschlechtsspezifischer Gewalt als Waffe durch verschiedene Banden und fast vollumfassender Straffreiheit für entsprechende Delikte.

Daneben hatte es rund um den 07.02.24 verstärkt gewaltsame Proteste von der Anhängerschaft des ehemaligen Rebellenführers Guy Philippe gegen den amtierenden Premierminister Ariel Henry gegeben. Henry hatte im Dezember 2022 eine nicht-bindende Vereinbarung unterzeichnet, dass er bis zu diesem Tag für Neuwahlen zurücktreten werde, weist dies nun jedoch aufgrund der volatilen Sicherheitslage zurück. Am 07.02.24 waren bei Demonstrationen fünf bewaffnete Mitglieder der Umweltagentur BSAP bei Schusswechseln mit staatlichen Sicherheitskräften getötet worden. Die BSAP soll sich in den letzten Jahren zunehmend zu einer paramilitärischen Einheit entwickelt haben, deren Mitglieder die aktuellen Proteste mitangeführt hätten.

Am 12.02.24 ist ein Bericht der Forschungsgruppe Global Initiative Against Transnational Organized Crime in Genf veröffentlicht worden, welcher die erheblichen Einnahmen der Gangs aus kriminellen Aktivitäten und deren daraus resultierendes weiteres Erstarken thematisiert. Vorwiegende Einnahmequellen sind insbesondere Lösegelder nach Entführungen, Schutzgelderpressung sowie Bewegungszölle an Checkpoints. Außerdem liegen der Forschungsgruppe Hinweise auf Organhandel vor, da bspw. aus den Stadtteilen Cité Soleil und Canaan immer wieder der Fund von Leichen mit fehlenden Organen vermeldet würde.

Am 15.02.24 hat das WFP zudem gewarnt, dass die Lebensmittelverteilung aufgrund eskalierender Bandenkämpfe in einigen Gebieten erheblich reduziert bis unterbunden sei; auch die Organisation Médecins Sans Frontieres musste wegen Bandengewalt bereits zahlreiche Aktivitäten einschränken oder beenden.

Der geplante und vom UN-Sicherheitsrat genehmigte Einsatz einer multinationalen Sicherheitsmission unter Führung Kenias ist weiterhin unklar. Das Oberste Gericht Kenias hatte zuletzt Ende Januar 2024 die Entsendung einer entsprechenden Polizeieinheit untersagt, worauf die Regierung Berufung angekündigt hat.⁸

Indien

Wiederaufnahme der Bauernproteste

Seit 13.02.24 setzten sich die während der Jahre 2020/21 begonnenen Bauernproteste nach mehrmonatiger Unterbrechung fort. Mit der Forderung nach garantierten Mindestpreisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse richten sich diese nach wie vor gegen die Liberalisierung des Agrarsektors. Landwirte aus verschiedenen Bundesstaaten, wie u.a. Punjab, Haryana, Uttar Pradesh, Rajasthan und Madhya Pradesh, brachen zu einem Protestmarsch in das Hauptstadttterritorium Delhi auf. Die am 12.02.24 vorausgegangenen Verhandlungen zwischen Landwirten und der Regierung verliefen ergebnislos. Nach den Protesten im Jahr 2021 zog die indische Regierung zunächst drei umstrittene Gesetze im Zusammenhang mit der Liberalisierung des Agrarsektors zurück. Um die Protestierenden am Eindringen in das Hauptstadttterritorium zu hindern, riegelte die Polizei die Grenzen ab, setzte Tränengas, Gummigeschosse und Wasserwerfer ein, errichtete Straßensperren und verhängte ein Versammlungsverbot. Über 200 Bauernorganisationen haben sich dem Protest angeschlossen. Besonders angespannt war die Lage an der sogenannten Shambu-Grenze zwischen Haryana und Punjab. In sieben Distrikten von Haryana wurden die Internetdienste eingestellt. Die Proteste haben sowohl national als auch international Aufmerksamkeit erregt und die Herausforderungen für die indische Landwirtschaft deutlich gemacht.⁹

Irak

Mord an Transgender-Blogger

Laut Medienberichten wurde der irakische Blogger mit dem Pseudonym „Simsim“ am 14.02.24 von Unbekannten auf offener Straße mit Messern angegriffen und getötet. Der Vorfall ereignete sich nahe des Zentrums der Stadt Diwaniya in der gleichnamigen Provinz. „Simsim“, dessen bürgerlicher Name nicht öffentlich bekannt ist, wird als Blogger im Bereich LGBTIQ-Rechte beschrieben.

Körperliche Übergriffe bis hin zu Mord an LGBTIQ-Personen sind in Irak weit verbreitet. Erst im September 2023 wurde Noor Alsaffar, bekannt unter dem Pseudonym „Noor BM“, von Unbekannten in Bagdad erschossen. Alsaffar war auf mehreren Plattformen im Bereich Soziale Medien aktiv und veröffentlichte dort Bilder und Videos, die ihn geschminkt, mit langen Haaren und femininer Kleidung zeigten.¹⁰

Iran

Einjährige Haftstrafe für studentische Aktivistin bestätigt

Medienberichten zufolge wurde die einjährige Gefängnisstrafe einer Studentin und ehemaligen Vorsitzenden einer Kinderschutzorganisation durch das Berufungsgericht der Provinz Teheran bestätigt. Dies habe ihr Ehemann in sozialen Medien bekannt gegeben. Die Frau sei zunächst bei Protesten im Oktober 2022 festgenommen worden und habe sich bis April 2023 im Gefängnis in Qarchak (nahe Teheran) befunden. Im September 2023 sei sie erneut vorübergehend inhaftiert und im Oktober 2023 gegen eine Kautionszahlung bis zum Abschluss ihres Gerichtsverfahrens freigelassen worden.¹¹

Religiöse Minderheiten: Haftstrafen für Baha'i

Laut Medienberichten vom 14.02.24 wurde eine Angehörige der Baha'i-Glaubensgemeinschaft am 13.02.24 in Shiraz (Provinz Fars) von Sicherheitskräften festgenommen und in das örtliche Gefängnis Adel-Abad gebracht. Die Frau habe eine fünfjährige Haftstrafe zu verbüßen, weil sie u.a. aufgrund der Vorwürfe abweichender Bildungs- und Propagandaaktivitäten zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden sei. Als Zusatzstrafen seien ein zweijähriges Ausreiseverbot und der Entzug weiterer sozialer Rechte für die Dauer von zehn Jahren verhängt worden. Die Frau war bereits im Jahr 2021 vorübergehend inhaftiert worden.

Zudem wurde berichtet, dass ein im Juli 2023 verhafteter Angehöriger der Baha'i zu einer Haftstrafe von insgesamt neun Jahren verurteilt wurde. Dem Mann seien Propaganda gegen das System und unerlaubte Versammlung und Absprachen vorgeworfen worden. Von der verhängten Gesamtstrafe seien fünf Jahre vollstreckbar.¹²

Vorladung einer prominenten Frauenrechtsaktivistin zum Haftantritt

Laut Medienberichten vom 16.02.24 wurde die Frauenrechtsaktivistin Sepideh Rashno nach eigenen Angaben zum Antritt ihrer Haftstrafe von drei Jahren und elf Monaten vorgeladen. Die 28-Jährige müsse in Kürze ihre Haft im Teheraner Evin-Gefängnis antreten.

Die im Jahr 2022 medial bekannt gewordene Kritikerin der Kopftuchpflicht wurde bereits im Dezember 2023 zu einer viermonatigen Haftstrafe verurteilt (vgl. BN v. 11.12.23). Die nun verhängte Gesamtstrafe beinhalte diese und weitere Strafen aufgrund einer öffentlichen Auseinandersetzung der Aktivistin mit einer Befürworterin der Kopftuchpflicht in einem Teheraner Bus im Jahr 2022.¹³

Jemen

Vermeehrt Rekrutierung Minderjähriger durch Houthis

Seit Ausbruch des Gaza-Kriegs Anfang Oktober 2023 haben die Houthis vermehrt Kämpfer rekrutiert. Nach eigenen Angaben belief sich die Zahl der neuen Rekruten allein zwischen November 2023 und Februar 2024 auf rd. 70.000 Mann. Darunter sollen sich laut NGOs mehrere tausend Minderjährige befinden.

Die Houthis indoktrinieren Minderjährige gezielt in Schulen und Sommerlagern, um sie als Kämpfer zu rekrutieren. Seit dem Gaza-Krieg nutzen hochrangige Houthi-Führer zudem die Rhetorik der Befreiung Palästinas, um neue Rekruten zu gewinnen. Die Rekrutierung Minderjähriger ist überdies in ganz Jemen verbreitet, inklusive in den Reihen der international anerkannten Regierung.¹⁴

Humanitäre Lage

In einer Rede vor dem UN-Sicherheitsrat am 14.02.24 hat eine Funktionärin von UN OCHA die Auswirkungen der Kampfhandlungen im Roten Meer auf die humanitäre Lage dargelegt. Demnach sind die Kosten für Frachter mit den Zielhäfen Hodeida (unter Kontrolle der Houthis) und Aden (unter Kontrolle der international anerkannten Regierung) seit November 2023 enorm gestiegen. Das WFP berichtete von einem Preisanstieg um 110 %, andere humanitäre Hilfsorganisationen von bis zu 318 %. Der aktuelle UN-Hilfsplan für Jemen weist eine Finanzierungslücke von über 60 % auf, die gestiegenen Transportkosten wiegen somit besonders schwer. Aktuell sind mehr als die Hälfte aller Personen in Jemen auf humanitäre Hilfe angewiesen, Unter- und Mangelernährung sind weit verbreitet.¹⁵

Festnahme eines Richters

Am 30.01.24 wurde bekannt, dass Houthi-Strafverfolgungsbehörden am 02.01.24 Abdulwahab Qatran, einen Richter, in der Hauptstadt Sanaa festgenommen haben. Qatran ist ein öffentlicher Kritiker der Houthis und veröffentlichte in den Sozialen Medien regelmäßig entsprechende Beiträge. Seiner Arbeitsstelle war er aus Protest gegen die Houthi-Politik seit geraumer Zeit ebenfalls ferngeblieben. Offiziell wurde Qatran wegen Produktion und Konsum von Alkohol festgenommen, seine Familie und HRW hingegen betrachten diese Anschuldigungen als Vorwand und vermuten seine anhaltende öffentliche Kritik an den Houthis als Grund für die Verhaftung. Qatran hatte zuletzt am 31.12.23 auf dem sozialen Netzwerk X die Angriffe der Houthis auf Schiffe im Roten Meer kritisiert. Übergriffe gegen Kritiker der Houthis sind häufig und nehmen besonders seit dem Jahr 2022 zu. Betroffen sind zumeist Personen mit gewisser gesellschaftlicher Reichweite und Einfluss, u.a. auch Lehrer und Imame.¹⁶

Kamerun

Prozess gegen Militärangehörige geht weiter

Vor dem Militärgericht in Jaunde war im Dezember 2020 der Prozess gegen drei Angehörige des kamerunischen Militärs eröffnet worden. Im Prozessverlauf kam es immer wieder zu Verzögerungen und Unregelmäßigkeiten. Im Februar 2024 soll der Prozess nun fortgesetzt werden. Der Prozess bietet eine seltene Chance, Gerechtigkeit für die Opfer zu erlangen und die bisher in Kamerun herrschende Straflosigkeit für militärische Übergriffe zu beenden.

Die Ereignisse von Ngarbuh zählen zu den schlimmsten Gräueltaten der kamerunischen Sicherheitskräfte seit Beginn der anglophonen Krise Ende 2016. Kamerunischen Sicherheitskräften wird vorgeworfen im Dorf Ngarbuh, das in der anglophonen Region Nordwest liegt, am 14.02.20 21 Zivilpersonen getötet zu haben (vgl. BN v. 17.02.20). Die kamerunische Regierung hatte eine Beteiligung staatlicher Sicherheitskräfte lange bestritten. Erst als der internationale Druck stieg, ließ Präsident Paul Biya am 01.03.20 eine Untersuchungskommission einsetzen.¹⁷

Kolumbien

Gewalteskalationen in Tuluá nach Festnahme eines lokalen Bandenchefs

Am 12.02.24 sind mehrere Polizeieinheiten nach Tuluá im Department Valle del Cauca verlegt worden, um dort die öffentliche Sicherheit wieder zu gewährleisten. Vorangegangen waren nach der Festnahme eines Bandenchefs der lokalen Gang La Inmaculada, Mauricio Marín alias Nacho, Vergeltungsmaßnahmen in Form von (versuchten) Tötungsdelikten sowie mehreren Fällen zerstörter Autos durch Brandstiftung. Die Delikte sollen durch den obersten Chef und Bruder des Verhafteten, Andrés Felipe Marín alias Pipe, aus einem lokalen Gefängnis heraus angeordnet worden sein. Daraufhin sei Pipe in ein Hochsicherheitsgefängnis verlegt worden. Auch Staatsanwälte und Richter sowie Medienschaffende erhielten immer wieder Drohungen durch La Inmaculada, ebenso wie der neu gewählte Bürgermeister. Letzterer erhält aktuell Schutzmaßnahmen durch die Nationale Schutzeinheit UNP.¹⁸

Verhängung des Notstands in Gefängnissen nach mehreren Sicherheitsvorfällen

Am 12.02.24 ist der Notstand im Gefängnissystem ausgerufen worden, nachdem es im Vorfeld zu mehreren Übergriffen gegen Wachpersonal der Gefängnisbehörde (Instituto Nacional Penitenciario y Carcelario, Inpec) gekommen war. Zuletzt ist am 10.02.24 ein Wärter in der Nähe eines Gefängnisses in Cartagena getötet worden, am selben Tag kam es zu einem Übergriff im Gefängnis von Jamundí (Valle del Cauca) mit mehreren Verletzten. Des Weiteren sind im laufenden Jahr bereits ein Wärter in Cúcuta getötet sowie Übergriffe auf Wachpersonal u.a. in Medellín und Huila verzeichnet worden. Zudem haben mehrere Beamte Drohungen erhalten, darunter auch der Direktor Inpecs. Laut einem Sprecher der Mitarbeitengewerkschaft UTP seien in den letzten fünf Jahren mehr als 80 Beamte Inpecs getötet worden. Als ursächlich für die zuletzt erfolgten Übergriffe erachtet Justizminister Osuna Vergeltungsmaßnahmen bewaffneter Gruppierungen aufgrund vorausgegangener Erfolge staatlicher Sicherheitsmaßnahmen gegen deren Anführer. So hatte die Regierung Petro im Jahr 2023 den sogenannten Plan Dominó zur Bekämpfung von Erpressung in Gefängnissen bzw. zur Stärkung der Kontrolle angekündigt, welcher u.a. die Verlegung von Anführern in Hochsicherheitsgefängnisse vorsieht. Der aktuelle Notstand ermöglicht die Ergreifung von Maßnahmen wie die Einschränkung von Besuchs- und Kommunikationsrechten für bestimmte Häftlinge und die verstärkte Polizei- und Militärpräsenz rund um die Gefängnisse des Landes.¹⁹

Vier Tote bei Angriff auf Militär in Antioquia

Am 16.02.24 sind laut Armeeangaben bei einem Angriff der paramilitärischen Gruppe Clan del Golfo im Department Antioquia vier Militärs getötet sowie sieben weitere verletzt worden.²⁰

Libanon

Lage im Süden Libanons und Norden Israels

Weiterhin kommt es häufig zu gegenseitigem Beschuss zwischen der Hisbollah und der israelischen Armee. Aufgrund der Vielzahl der Vorfälle werden nur Ereignisse, die neue Tendenzen aufweisen oder Zivilisten betreffen, aufgeführt.

Am 14.02.24 wurde die bisher höchste Zahl ziviler Opfer registriert. Im Rahmen eines Luftschlages in Nabatieh (bei dem auch ein Kommandant der Hisbollah und zwei weitere Kämpfer getötet wurden) und eines weiteren in Sawaneh sollen insgesamt zehn Zivilisten gestorben sein. Dies markiert einen erheblichen Anstieg der Zahl ziviler Opfer. In den Folgetagen intensivierte sich der gegenseitige Beschuss. Inzwischen sind auf libanesischer Seite 268 Tote, davon 40 Zivilisten, gemeldet, auf israelischer Seite zehn Soldaten und sechs Zivilisten.²¹

Libyen

Behörde für innere Sicherheit begeht laut AI Menschenrechtsverletzungen

In einem am 14.02.24 veröffentlichten Bericht wirft die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) der in Tripolis ansässigen Behörde für innere Sicherheit (Internal Security Agency, ISA) vor, im Jahr 2023 die Rechte zahlreicher Männer, Frauen und Kinder durch erzwungenes Verschwindenlassen, willkürliche Verhaftung wie auch Folter verletzt zu haben. Im Mai 2023 hatte die Behörde für religiöse Stiftungen und islamische Angelegenheiten (General Authority of Endowments and Islamic Affairs) ein Dekret unterzeichnet, welches ein Programm ins Leben rief, um islamische Tugenden und Werte zu schützen und religiöse, intellektuelle sowie moralische Abweichungen zu bekämpfen. AI zufolge, habe die ISA vor dem Hintergrund dieses Dekrets verschärft gegen die Meinungs- und Glaubensfreiheit verstoßen und habe die oben genannten Menschenrechtsverletzungen gegenüber Personen verübt, die den in der Behörde für religiöse Stiftungen und islamische Angelegenheiten vorherrschenden teils sehr konservativen islamischen Überzeugungen entgegen standen. Den inhaftierten Personen sollen u.a. Apostasie, unerlaubter Geschlechtsverkehr sowie die Förderungen von Ansichten, die darauf abzielen, die politische, soziale oder wirtschaftliche Ordnung des Staates zu stürzen, vorgeworfen worden sein. Die ISA wies die im Bericht von AI veröffentlichten Information als falsch zurück und warf der Menschenrechtsorganisation den Versuch der Spaltung der libyschen Gesellschaft vor.²²

Mali

Straßenblockaden in Nordmali aufgehoben

Nachdem in Nordmali die wichtigsten Straßen von der algerischen Grenze zu den Städten Timbuktu und Gao im Dezember 2023 von Tuareg-Rebellen blockiert worden waren, gab die Koalition bewaffneter Gruppen genannt Permanent Strategic Framework (CSP), am 10.02.24 bekannt, dass die Straßen nun wieder frei wären. Timbuktu war bereits im letzten Jahr durch die Terrorgruppe Jama'at Nusrat al-Islam wal-Muslimin (JNIM) abgeriegelt worden. Dies führte zu Preissteigerungen und Lebensmittelknappheit (vgl. BN v. 16.10.23). Rund die Hälfte aller Geschäfte sollen aktuell geschlossen sein.

Seit Dezember 2023 hatte es in Nordmali verstärkt Kämpfe zwischen malischen Regierungstruppen und Tuareg-Rebellen gegeben. Auch Söldner der Wagner-Gruppe sollen auf Seiten der Regierungstruppen mitkämpfen. Im Norden Malis war der Konflikt im August 2023 wieder aufgeflammt, nachdem die regierende Militärjunta ein im Jahr 2015 vereinbarte Autonomieregelung für Malis Norden nicht mehr anerkannte, woraufhin sich die Tuareg-Rebellen wiederbewaffneten (vgl. BN v. 20.11.23).²³

Nicaragua

Anschlagsversuch in Costa Rica auf Exil-Nicaraguaner

Laut Angaben des Armed Conflict Location and Event Data Projects (ACLED) sind zwischen Januar 2018 und 2024 in Costa Rica fünf Übergriffe auf nicaraguanische Oppositionelle im Exil verzeichnet worden, zuletzt am 10.01.24. An diesem Tag ist der bekannte Dissident Joao Maldonado bereits zum zweiten Mal nach 2021 in San José von Unbekannten angegriffen worden. Er und seine Partnerin sind mit mehreren Schussverletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert worden. Medienberichten zufolge hatte Maldonado nach dem ersten Übergriff Polizeischutz. Er soll zuletzt in einem safe house gelebt und die Übersiedlung in die USA geplant haben, weil er laut seinem Umfeld Todesdrohungen regierungsnaher, nicaraguanischer Akteure erhalten haben soll. U.a. das UNHCR hat seine Besorgnis aufgrund dieses Übergriffs auf geflüchtete Personen ausgedrückt und die Landesbehörden zu einer umfassenden Aufarbeitung des Falles aufgerufen.²⁴

Nigeria

Zamfara State: Todesopfer und Entführungen

Bewaffnete Akteure haben am 11.02. und 13.02.24 bei zwei Angriffen auf Ortschaften in den Local Government Areas (LGA) Kaura Namoda und Zurmi im nordwestlichen Bundesstaat Zamfara mehr als zehn Personen, darunter

zwei Sicherheitskräfte, getötet und mindestens 40 weitere Personen entführt. Ein Großteil der Entführten sind Medienberichten zufolge Frauen und Kinder. Am 15.02.24 haben als Terroristen bezeichnete Akteure in einer Ortschaft der LGA Birnin Magaji sieben Personen getötet und 20 weitere entführt. Entführungen und tödliche Angriffe auf Ortschaften kamen in der LGA Kaura Namoda in der Vergangenheit bereits vor (vgl. BN v. 22.01.24).²⁵

Katsina State: Tödlicher Angriff

Als Terroristen bezeichnete Akteure haben am 11.02.24 bei einem Anschlag auf einer Schnellstraße zwischen den Ortschaften Jibia und Batsari im Bundesstaat Katsina mindestens neun Personen getötet. Die Getöteten waren Medienberichten zufolge lokale Händlerinnen und Händler, die mit dem Auto auf dem Rückweg vom Wochenmarkt in Jibia gewesen waren. Tödliche Angriffe durch bewaffnete Gruppen sind im Bundesstaat Katsina in der Vergangenheit schon vorgekommen (vgl. BN v. 30.10. u. 13.11.23, 15.01.24). Die Regierung Nigerias bezeichnet gewaltbereite Akteure in der Region seit Anfang des Jahres 2022 als Terroristen (vgl. BN v. 10.01.22).²⁶

Borno State: Mutmaßliche Boko Haram-Mitglieder freigelassen

Die Regierung des Bundesstaates Borno hat am 14.02.24 nach eigenen Angaben rd. 500 Inhaftierte aus dem Gefangenenlager der Giwa-Kaserne der nigerianischen Armee in der Landeshauptstadt Maiduguri entlassen. Medienberichten zufolge sind die Entlassenen mutmaßliche Boko Haram-Mitglieder. Nach Angaben der Frauenbeauftragten des Bundesstaates Borno hatten mehrere Frauen behauptet, dass Unschuldige in der Giwa-Kaserne festgehalten werden würden. Alle freigelassenen Personen seien der Landesregierung des Bundesstaates Borno übergeben worden.²⁷

Pakistan

Gespräche zwischen PML-N und PPP zur Regierungsbildung; Rücktritt wegen Wahlmanipulation

Nach den landesweiten Wahlen vom 08.02.24 haben sich die Pakistan Muslim League-Nawaz (PML-N) und die Pakistan People's Party (PPP) auf die Bildung einer Koalitionsregierung geeinigt. Shehbaz Sharif, der Vorsitzende der PML-N, wird der einzige Kandidat für das Amt des Premierministers sein. Auf einer Pressekonferenz letzte Woche wurde bestätigt, dass der jüngere Bruder von Nawaz Sharif, Shehbaz Sharif, der bereits zwischen 2022 und 2023 für 16 Monate das Amt des Premierministers innehatte, dieses erneut übernehmen wird. Asif Ali Zardari, der Ko-Vorsitzende der PPP, wird für das Amt des Präsidenten nominiert. Gleichzeitig hat die PPP erklärt, dass sie keine Ministerien in der Koalitionsregierung übernehmen wird. Größtenteils werden diese von Mitgliedern der PML-N und kleineren Koalitionsparteien besetzt werden. Zardaris Sohn, Bilawal Bhutto, Ko-Vorsitzender der PPP, will angesichts der anhaltend breiten Unterstützung in der Bevölkerung für die Pakistan Tehreek-e-Insaf von Ex-Premier Imran Khan, die mit unabhängigen Kandidaten formal die meisten Sitze gewonnen hat (vgl. BN v. 12.02.24), eine zu enge Einbindung seiner Partei in die Koalitionsregierung vermeiden.

Am 17.02.24 gab ein hoher Beamter in Rawalpindi, Liaquat Ali Chatha, zu, dass die Wahlergebnisse manipuliert worden seien und trat von seinem Amt zurück. Seinen Aussagen zufolge waren auch der Oberste Wahlkommissar und ein Richter des Obersten Gerichtshofs an der Wahlmanipulation beteiligt. Er selbst habe die Ergebnisse unabhängiger Kandidaten gefälscht, die sonst mit 70.000 bis 80.000 Stimmen vorne gelegen hätten.²⁸

Palästinensische Autonomiegebiete / Israel

Gazastreifen: aktuelle Entwicklungen; humanitäre Lage

Medienberichten zufolge stürmte das israelische Militär am 15.02.24 nach einer beinahe einwöchigen Belagerung das Nasser-Krankenhaus in der Stadt Khan Younis. Militärangaben zufolge waren die Truppen auf der Suche nach weiteren Geiseln oder deren Leichen, die dort festgehalten worden sein sollen. Einen Tag vor der Erstürmung forderte das Militär die dorthin Geflüchteten auf, das Krankenhaus zu verlassen. Eine Person, die sich zur Behandlung dort aufhielt, wurde durch einen nächtlichen Luftangriff getötet, sechs weitere verwundet. Das von der Hamas geführte Gesundheitsministerium gab darüber hinaus an, dass fünf Patientinnen und Patienten an Sauerstoffmangel starben, nachdem ein Stromausfall die Beatmungsgeräte außer Kraft setzte. Das israelische Militär verkündete, im Rahmen der Operation Dutzende Kämpfer inhaftiert zu haben, darunter drei, die an den Angriffen des 07.10.23 beteiligt gewesen sein sollen. Darüber hinaus sollen Granaten und Mörsergranaten gefunden

worden sein, die vor etwa einem Monat vom Gelände des Krankenhauses abgefeuert worden sein sollen. Laut Angaben des lokalen Gesundheitsministeriums musste das Nasser-Krankenhaus, das zweitgrößte Krankenhaus des Gazastreifens, aufgrund fehlenden Personals sowie einem Mangel an Ressourcen und Equipment seine Arbeit einstellen.

Insgesamt sollen laut des Hamas-Gesundheitsministeriums im Gazastreifen mehr als 28.985 Personen getötet worden sein. Das Ministerium nimmt keine Differenzierung zwischen Zivilpersonen und Kombattantinnen und Kombattanten vor. Israel berichtete, mindestens 12.000 Kämpfer der Gruppierungen getötet zu haben. Einem ranghohen Hamasangehörigen in Qatar zufolge sollen hingegen etwa 6.000 Kämpfer getötet worden sein. Das israelische Militär verkündete, 18 von 24 Hamasbataillonen zerschlagen zu haben, während einige der verbliebenen sich in der Stadt Rafah befinden sollen. Die Aussagen beider Konfliktparteien sind nicht unabhängig überprüfbar. Mehr als 85 % der 2,3 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner des Gazastreifens seien derzeit aus ihren Wohnungen vertrieben, ein Großteil der Geflüchteten halte sich derzeit unter prekären humanitären Umständen in Rafah auf.²⁹

Westjordanland: Zunahme an Siedlerinnen und Siedlern; Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage; bewaffnete Auseinandersetzungen

Dem Bericht einer israelischen, siedlungsfreundlichen Gruppierung mit dem Namen WestBankJewishPopulationStats.com zufolge, habe die Zahl der israelischen Siedlerinnen und Siedler im Westjordanland (ohne Ostjerusalem) im Jahr 2023 mit 517.407 Personen um insgesamt 3 % im Vergleich zum Vorjahr zugenommen. In den letzten fünf Jahren sei insgesamt eine Zunahme um 15 % zu verzeichnen. Israelische Siedlungen in den seit 1967 unter israelischer Kontrolle stehenden Gebieten des Westjordanlandes, Ostjerusalems und des Gazastreifens werden durch den Großteil der internationalen Gemeinschaft als illegal betrachtet.

Das WFP warnt vor der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage im Westjordanland. Seit Beginn des Krieges in Gaza soll die Wirtschaft im Westjordanland aufgrund erhöhter Sicherheitsmaßnahmen durch Israel (u.a. weitere Einschränkung der Bewegungsfreiheit, Einfrieren der Arbeitsgenehmigungen für palästinensische Personen in Israel) um ein Fünftel geschrumpft sein. Laut Angaben des WFP soll die Zahl der von Lebensmittelunsicherheit betroffenen Personen von 350.000 auf 600.000 angestiegen sein.

Die Lage bleibt grundsätzlich angespannt und es kommt immer wieder zu Eskalationen zwischen bewaffneten Milizen und dem israelischen Militär. Den palästinensischen Gesundheitsbehörden der Palästinensischen Autonomiebehörden zufolge sollen seit dem 07.10.23 mehr als 395 Personen im Westjordanland durch israelische Militärangehörige getötet worden sein, die meisten von ihnen während bewaffneter Auseinandersetzungen mit dem Militär.

Der israelischen Menschenrechtsorganisation Yesh Din zufolge sollen während der ersten eineinhalb Monate des Krieges im Gazastreifen mindestens neun Palästinenserinnen und Palästinenser im Westjordanland durch Siedlerinnen und Siedler getötet worden sein.³⁰

Israel: Zwei Israelis von Angreifer getötet

Am 16.02.24 erschoss Medienberichten zufolge ein Angreifer zwei Israelis an einer Bushaltestelle im Süden Israels. Vier weitere Personen wurden verwundet, bevor der Angreifer von einem Armeereservisten (außer Dienst) mit einer Schusswaffe getötet wurde. Bei dem Angreifer soll es sich um einen Palästinenser aus Ostjerusalem gehandelt haben.³¹

Russische Föderation

Oppositioneller Alexej Nawalny in Haft gestorben

Der bekannteste Oppositionelle und Regimekritiker Alexej Nawalny ist tot. Der inhaftierte Oppositionspolitiker starb in einer Strafkolonie in der russischen Polarregion am 16.02.24. Der 47-Jährige habe sich laut offiziellen Angaben der Gefängnisverwaltung nach einem Spaziergang in der Haftanstalt „unwohl gefühlt“ und sei plötzlich zusammengebrochen. Es sei medizinisches Personal herbeigerufen worden, das jedoch nicht in der Lage gewesen sei, Nawalny wiederzubeleben. Die Todesursache werde derzeit ermittelt.

Alexej Nawalny hatte seit dem Jahr 2011 gegen das autoritäre politische Regime und die herrschende Korruption im Land gekämpft. Dabei entstanden zahlreiche Unterstützungsgruppen im ganzen Land. Nawalny und seine Unterstützer- und Anhängerschaft gerieten immer mehr ins Visier der Staatsmacht und es kam regelmäßig zu

Verhaftungen. Am 20.08.20 wurde auf Nawalny ein Giftanschlag verübt, mutmaßlich durch den russischen Inlandsgeheimdienst FSB, der scheiterte. Er wurde anschließend in Deutschland medizinisch versorgt und kehrte im Januar 2021 nach Russland zurück, obwohl er wusste, dass ihm hier langjährige Haft und der Tod drohten. Regelmäßig musste er sich für erfundene bzw. manipulierte Vergehen vor Gericht verantworten und wurde zu einer Haftstrafe von insgesamt 19 Jahren verurteilt. Nawalyns bereits angegriffene Gesundheit wurde in den drei Jahren Haft seit Januar 2021 systematisch ruiniert und adäquate medizinische Hilfe ihm vorenthalten. Die Haftbedingungen im Straflager glichen einer fortgesetzten Folter und entsprechend körperlich geschwächt war Nawalny. Erst vor einigen Wochen musste Nawalny sein bisheriges Straflager rund 800 km von Moskau entfernt verlassen und er wurde in die Strafkolonie „Polarwolf“ am Polarkreis verlegt, wo durch die extreme Kälte die Strafbedingungen noch härter waren.³²

Mehr als 300 Menschen bei Protesten festgenommen

Bei Versammlungen zum Gedenken an Nawalny sind nach Angaben von Menschenrechtlern in Russland am Wochenende des 17.02. und 18.02.24 mindestens 359 Menschen festgenommen worden. Das ist die größte Festnahmewelle in Russland seit der Verhaftung von mehr als 1.300 Personen bei Demonstrationen gegen die Teilmobilisierung für den Ukrainekrieg im September 2022. Vor allem in St. Petersburg und Moskau seien etliche Menschen festgenommen worden, wie die Online-Bürgerrechtsplattform OVD-Info mitteilte. Insgesamt habe es Festnahmen in 32 russischen Städten gegeben. Medienberichten zufolge wurden in vielen Teilen Russlands trotz Räumungsaktionen und Festnahmen weiter frische Blumen niedergelegt, Kerzen angezündet und Bilder zur Erinnerung an Nawalny aufgestellt.³³

Senegal

Wahlverschiebung für verfassungswidrig erklärt; Protestgeschehen und Menschenrechtssituation, Freilassungen

Am 15.02.24 erklärte der Verfassungsrat die umstrittene Verschiebung der Präsidentschaftswahl vom 25.02. auf den 15.12.24 für mit der Verfassung unvereinbar und nichtig (vgl. BN v. 05.02. u. 12.02.24). Geklagt hatten u.a. Oppositionelle. Wie es weiter geht, bleibt offen. Zu einem neuen Wahltermin hat sich der Verfassungsrat nicht geäußert. Dieser hielt die Behörden jedoch an, die Präsidentschaftswahl alsbald zu organisieren. Präsident Macky Sall kündigte mit Erklärung vom 16.02.24 an, die Entscheidung zu respektieren, vollständig umzusetzen sowie unverzüglich die notwendigen Beratungen abzuhalten, um die Präsidentschaftswahl baldmöglichst abzuhalten. Einige Oppositionsführende forderten einen Wahltermin vor dem 02.04.24, an dem Salls zweite Amtszeit regulär endet. Seit der Wahlverschiebung erschüttert eine neue Welle von Protesten und Gewalt das Land. Amnesty International (AI) und HRW berichten einhellig von Polizeigewalt, Repressionen und Menschenrechtsverletzungen. Bei den vergangenen Protesten seien mindestens drei Menschen getötet, mehrere Dutzend verletzt sowie Hunderte festgenommen worden (vgl. BN v. 12.02.24). AI und HRW forderten jeweils Rechenschaft für die Verantwortlichen sowie ein Ende der Repressionen. Das Komitee zum Schutz von Journalisten (CPJ) vermeldete zudem, dass bei den vergangenen Protesten Medienschaffende bei der Ausübung ihrer Arbeit angegriffen, schikaniert und manche auch festgenommen wurden. CPJ dokumentierte 25 Fälle solcherart.

Am 13.02.24 verboten die Behörden aus Ordnungsgründen einen weiteren Protestmarsch gegen die Wahlverschiebung. Zu dem angemeldeten Marsch in Dakar rief Aar Sunu Élection (ASE) auf, ein neuer Zusammenschluss von rd. 40 Bürger-, Religions- und Berufsgruppen. Die Behörden sperrten auch am 13.02.24 zusätzlich den mobilen Internetzugang (vgl. BN v. 12.02.24). Das Kommunikationsministerium begründete dies mit der Verbreitung von hasserfüllten und subversiven Botschaften, die zuletzt bereits gewaltsame Proteste mit Toten und enormen Sachschäden provoziert haben. Während am 16.02.24 in Dakar zwei weitere Demonstrationen zivilgesellschaftlicher Kräfte und von Bürgerinnen und Bürgern gegen die Wahlverschiebung behördlicherseits verboten und mit Tränengas aufgelöst wurden, konnten am 15.02.24 erstmals wieder nach langer Zeit Menschen auf behördliche Erlaubnis hin legal, friedlich und störungsfrei demonstrieren. Tausende Menschen folgten dem Aufruf von ASE und demonstrierten in Dakar gegen die Wahlverschiebung und für die baldige Abhaltung der Wahl. Mehrere Demonstrierende forderten zudem die Freilassung des führenden und in U-Haft sitzenden Oppositionsführers Ousmane Sonko. Bei der Demonstration seien Sicherheitskräfte stark präsent gewesen, hätten aber anders als bei früheren Demonstrationen keine Schutzkleidung getragen.

Erst zuvor wurde nach Wochen der politischen Krise die Freilassung mehrerer Angehöriger der Opposition und kritischen Zivilgesellschaft als Zeichen der Entspannung gewertet. Stunden vor der Entscheidung des Verfassungsrats wurden die ersten Häftlinge freigelassen, darunter der vor einigen Monaten abermals in U-Haft genommene Anführer der Protestbewegung Y'en a marre und Vize-Koordinator der heterogenen Oppositionsbewegung Mouvement des forces vives du Sénégal, Aliou Sané (vgl. BN v. 16.10.23). Unter den Freigelassenen seien auch mehrere Mitglieder von Sonkos verbotener Partei Patriotes africains du Sénégal pour le travail, l'éthique et la fraternité (PASTEF) und ein Bürgermeister einer Gemeinde in der Stadtregion Dakar. Eine internationale Nachrichtenagentur berichtete zuletzt unter Berufung auf das Justizministerium, dass seit dem 15.02.24 mehr als 130 Angehörige der Opposition und Zivilgesellschaft aus der Haft entlassen wurden und zahlreiche weitere Freilassungen geplant sind. Am 17.02.24 seien bereits über 300 Häftlinge freigelassen worden. Medien erwähnten zudem die Aufnahme von Beratungen über eine mögliche Freilassung von Sonko.³⁴

Sudan

Allgemeine und Sicherheitslage

Teile der seit Anfang Februar 2024 in vielen Regionen des Landes ganz oder teilweise unterbrochenen Telekommunikations- und Internetdienste konnten wiederhergestellt werden (vgl. BN v. 12.02.24). Die beiden Netzbetreiber El Sudani und Sudatel gaben am 12.02.24 bekannt, dass ihre Netze in allen Städten des Sudan ohne Ausnahme wieder verfügbar seien. Weiteren Berichten zufolge seien jedoch erst vier der 18 Bundesstaaten wieder online. Netzwerke anderer Dienstleister blieben nach wie vor offline.

Angaben lokaler Widerstandskomitees zufolge, sei seit dem Blackout ein Anstieg gewaltsamer Überfälle und Plünderungen auf Dörfer rund um die regionale Hauptstadt Wad Madani (Al-Jazirah State) zu verzeichnen. Verantwortlich sei die paramilitärische Gruppierung Rapid Support Forces (RSF). Aufgrund unzureichender Informationen aus den betroffenen Orten, sei die genaue Opferzahl der Überfälle derzeit nicht bekannt.

Berichten aus der Stadt Omdurman zufolge gelang es Einheiten der sudanesischen Armee (SAF) erstmals seit Beginn der Kämpfe im April 2023 im Stadtgebiet vorzurücken. Demnach sei es im Norden der Stadt stationierten Einheiten der SAF gelungen, die seit Beginn der Kämpfe bestehende Belagerung einer Kaserne des Ingenieurkorps im Süden der Stadt zu durchbrechen. Bereits in der Vorwoche konnten vereinzelte Stadtgebiete durch die SAF unter Kontrolle gebracht werden. Den Vorstößen in Omdurman gingen Warnungen und die Aufforderung die Stadt zu verlassen an die Zivilbevölkerung voraus. Gegenüber den dennoch verbliebenen Zivilpersonen sei es zu einigen Verhaftungen und Missbrauchsfällen durch Soldaten der Armee gekommen.³⁵

Syrien

UN-Bericht: Geflüchtete bei Rückkehr von Menschenrechtsverletzungen bedroht

Einem Bericht des Büros des UN-Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR) vom 13.02.24 zufolge, würden zurückkehrenden syrischen Geflüchteten grobe Menschenrechtsverletzungen in Syrien drohen. U.a. drohten willkürliche Verhaftungen, Folter, Misshandlungen, sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt, Verschwindenlassen, Entführungen und Zwangsenteignungen. Während alle Syrerinnen und Syrer von diesen Menschenrechtsverletzungen betroffen seien, erschienen Rückkehrerinnen und Rückkehrer besonders vulnerabel. An der Ausübung seien alle in Syrien anwesenden Akteure beteiligt, darunter Truppen der Regierung in Damaskus, de-facto-Autoritäten und andere bewaffnete Gruppierungen. Der Bericht kommt grundsätzlich zu dem Schluss, dass die herrschenden Bedingungen in Syrien eine sichere, würdevolle und dauerhafte Rückkehr für syrische Geflüchtete nicht zulasse.³⁶

Nordwesten: Verlängerung der grenzüberschreitenden Hilfen

Die syrische Regierung in Damaskus genehmigte am 12.02.24 die Verlängerung der grenzüberschreitenden UN-Hilfen aus der Türkei durch die zwei Grenzübergänge Bab al-Salam und al-Ra'i. Ursprünglich wurde die Nutzung der beiden Grenzübergänge nach den verheerenden Erdbeben in der Türkei und dem Nordwesten Syriens im Februar 2023 autorisiert und nun bereits zum vierten Mal verlängert. Die Hilfslieferungen sind nun weitere drei

Monate, bis zum 13.05.24, möglich. Die Verlängerung folgte nur wenige Wochen auf eine erneute Autorisierung der Einfuhr humanitärer Hilfen über den Bab al-Hawa Grenzübergang (vgl. BN v. 15.01.24).³⁷

Neun Tote bei IS-Angriff

Bei einem Angriff auf einen Militärstandort der syrischen Armee wurden Berichten der in London ansässigen Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte (SOHR) zufolge am 12.02.24 neun Militärangehörige getötet. Bei dem Angriff in al-Sukhna, im Gouvernement Homs, sollen drei weitere Personen verwundet worden sein. Der IS übernahm die Verantwortung für den Angriff. Nach der Zurückdrängung des IS im Jahr 2019 haben IS-Gefolgsleute in den Wüstengegenden Syriens entlang der Grenze zum Irak Schutz gesucht, von wo sie noch immer militärisch aktiv sind.³⁸

Südsyrien: Fünf Tote bei dem Versuch, Drogen nach Jordanien zu schmuggeln

Am 18.02.24 sollen Angaben der jordanischen Armee zufolge fünf Personen bei dem Versuch getötet worden sein, Drogen aus Syrien in das benachbarte Königreich zu schmuggeln. Vier weitere Personen sollen verwundet und große Mengen an Schmuggelware sichergestellt worden sein.³⁹

Togo

Termin für Parlaments- und Regionalwahlen bekanntgegeben

Die Regierung hat am 08.02.24 den Termin für die anstehenden Parlaments- und Regionalwahlen bekanntgegeben. Diese sollen am 13.04.2024 stattfinden. Da das Mandat der Abgeordneten bereits Ende 2023 abgelaufen war, zeigen sich einige Parteien erleichtert über die Verkündung eines Termins. Wenige Parteiverantwortliche sprachen jedoch auch Besorgnis über den kurzen Vorbereitungszeitraum der Wahlkampagne und über die Erhöhung der zu entrichtenden Geldsumme für Kandidierende, die sich zur Wahl aufstellen lassen möchten, aus. So sei es unklar, wie kleinere Parteien die Summe von 500.000 FCFA (rd. 760 EUR, Stand: 19.02.24) aufbringen sollen. Anmeldungen zur Kandidatur müssen 45 Tage vor der Wahl eingereicht werden.⁴⁰

Türkei

Verurteilung von Journalisten

Am 14.02.24 hat das 26. Istanbul Gerichte für schwere Verbrechen die Medienschaffenden Ahmet Altan, Nazlı Ilıcak, und Fevzi Yazıcı wegen „Unterstützung einer terroristischen Organisation ohne Mitgliedschaft“ zu Haftstrafen verurteilt. Das Gericht befand die drei Personen für schuldig, da sie mutmaßlich Verbindungen zu dem im Exil lebenden Prediger Fethullah Gülen haben, den die Regierung für den gescheiterten Militärputsch im Jahr 2016 verantwortlich macht. Das Gericht verurteilte Altan zu sechs Jahren und dreieinhalb Monaten, Ilıcak zu fünf Jahren und drei Monaten sowie Yazıcı zu zwei Jahren und einem Monat Haft. Die drei Medienschaffenden sind seit ihrer Verhaftung im Jahr 2016 und ihrer Verurteilung zu lebenslanger Haft im Jahr 2018 in mehrere Berufungs- und Wiederaufnahmeverfahren verwickelt. Ilıcak wurde im Jahr 2019 aus der Haft entlassen, Altan im Jahr 2021 und Yazıcı im März 2023. Ilıcak war vom 04.12.23 bis zum 28.01.24 inhaftiert, nachdem sie ein Berufungsverfahren wegen Verleumdung im Zusammenhang mit einer Kolumne aus dem Jahr 2016 verloren hatte.⁴¹

Ukraine

Zivile Opfer

Bei einem russischen Raketenangriff auf den Ort Selydowe nahe Donezk am 13.02.24 seien nach Angaben des Gemeinderats drei Menschen, darunter eine schwangere Frau und ein Kind getötet sowie zwölf Menschen verletzt worden. Dabei soll neben neun Wohnhäusern auch ein Krankenhaus getroffen worden sein.

Am Morgen des 15.02.24 sei es infolge massiver russischer Raketenangriffe landesweit zu zahlreichen Explosionen gekommen. Nach Angaben örtlicher Behörden habe es in Lemberg und Saporischschja mehrere Verletzte gegeben. Nach Aussage von Oleh Synjehubow, Gouverneur der Region Charkiw, habe es in den Gemeinden Tschuhujiw und Welikyj Burluk ein bzw. fünf Todesopfer gegeben.⁴²

Entwicklung des Kriegsgeschehens

Ukrainischen Militärangaben zufolge soll das russische Landungsschiff „Caesar Kunikow“ in der Nacht vom 13.02. auf den 14.02.24 durch einen Drohnenangriff unweit der Stadt Alupka an der Südküste der Halbinsel Krim versenkt worden sein.

Am 17.02.24 hat der neue ukrainische Oberbefehlshaber Syrskyi den Rückzug sämtlicher ukrainischer Truppen aus der seit Anfang Oktober 2023 schwer umkämpften Stadt Awdijiwka bekannt gegeben. Die Entscheidung soll aufgrund der drohenden Einkesselung der dort kämpfenden Einheiten erfolgt sein. Syrskyi betonte dabei, dass die russische Armee derzeit einen Vorteil von zehn russischen zu einer ukrainischen Artilleriegranate besitze. Bereits am 15.02.24 hatte ein ukrainischer Militärsprecher mitgeteilt, dass durch eine Truppenverlegung der östliche Teil der umkämpften Stadt Awdijiwka preisgegeben werden solle, um in anderen Kampfgebieten „vorteilhaftere Positionen“ zu erlangen. Nach Aussagen von ukrainischen Frontsoldaten soll es bei dem gefährlichen Rückzug zu chaotischen Szenen gekommen sein, bei dem die Einheiten teilweise gezwungen waren, ihre eigenen Verwundeten zurück zu lassen. Die ukrainische Regierung kündigte an, eine Untersuchung über erfolgte russische Kriegsverbrechen zu starten, nachdem Berichten zufolge gefangen genommene ukrainische Soldaten von russischen Truppen erschossen worden sein sollen. Die Eroberung von Awdijiwka stellt die größte Veränderung der Frontlinie seit dem Fall der Stadt Bachmut im Mai 2023 dar, der der russischen Armee aufgrund der dominierenden Höhenzüge einen wichtigen Vorteil im Raum Donezk eröffnen soll.

Nach Darstellung des Internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS) habe Russland seit Kriegsbeginn über 3.000 Panzer in der Ukraine verloren, was dem gesamten aktiven Vorkriegsbestand entspreche. Jedoch verfüge die russische Armee in ihren Beständen über genügend Fahrzeuge, um die Verluste über Jahre ersetzen zu können, wenn auch dieser Ersatz eine geringere Qualität aufweisen würde. Die ebenfalls schweren Verluste auf ukrainischer Seite seien im Rahmen von Aufstockungen durch westliche Militärhilfen bei gleichzeitiger Qualitätsverbesserung kompensiert worden.⁴³

Ukrainische Wirtschaft

Laut einem gemeinsamen Bericht von ukrainischer Regierung, Weltbank und den UN sei seit Kriegsbeginn ein direkter Schaden von ca. 142 Mrd. EUR entstanden. Am meisten betroffen sei mit 37 % der Bereich Wohnen. Nach Einschätzung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) sei bis zum Jahr 2026 mit Kriegsschäden an Sachwerten wie Maschinen, Gebäuden und Infrastruktur in Höhe von 900 Mrd. EUR zu rechnen. Zudem prognostiziert das IfW für diesen Zeitraum einen Verlust der ukrainischen Wirtschaftskraft von 110 Mrd. EUR sowie eine steigende Inflation.⁴⁴

Venezuela

Festgenommene Angehörige von Rocío San Miguel unter Auflagen freigelassen, Ex-Partner bleibt inhaftiert

Im Nachgang der Festnahme der Präsidentin der NGO Control Ciudadano und Menschenrechtsverteidigenden, Rocío San Miguel (vgl. BN v. 12.02.24), sind laut Angaben ihres Anwalts am 10.02.24 zudem fünf Angehörige festgenommen worden. Auch deren Aufenthaltsort wurde am 12.02.24 zunächst als unbekannt angegeben. Am 13.02.24 sind vier der Festgenommenen, nämlich die Tochter San MIGUELS und deren Vater sowie zwei Brüder San MIGUELS, unter Auflagen wieder freigelassen worden. Ihr Ex-Partner Alejandro José Gonzáles De Canales Plaza hingegen bleibt inhaftiert. Dem ehemaligen Militär wird u.a. die Offenlegung sicherheitsrelevanter politischer und militärischer Geheimnisse vorgeworfen. Zahlreiche internationale Institutionen und verschiedene Regierungen fordern weiterhin die Freilassung San MIGUELS, welche wegen Vaterlandsverrats, Terrorismus und Verschwörung ebenfalls in Untersuchungshaft bleibt.⁴⁵

Schließung des Büros des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte, Kritik durch Sonderberichterstatter

In einer Erklärung ordnete die venezolanische Regierung am 15.02.24 die Schließung des technischen Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) in Caracas sowie die Ausweisung der 13 Mitarbeitenden innerhalb von 72 Stunden an. Außenminister Yvan Gil begründete diesen Schritt mit einer Abweichung vom vereinbarten Mandat des OHCHR sowie kolonialistischen Eingriffen in die Souveränität Venezuelas. Im Vorfeld dieser Entscheidung hatte das OHCHR die Festnahme San MIGUELS kritisiert, zudem hatte der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Michael Fakhri, in einer in Staatsmedien stark kritisierten

Rede am 14.02.24 nach Besuch vor Ort gesagt, dass er zahlreiche Hinweise erhalten habe, dass das staatliche Ernährungsprogramm in Form der Verteilung sogenannter CLAP-Lebensmittelpakete die Ursachen des Hungers im Land nicht bekämpfe, dass deren Verteilung politisch beeinflusst sei und regierungskritischen Personen mitunter der Erhalt entsprechender Pakete verweigert werde. Laut seinen Angaben müssten viele Menschen im Land weiterhin Mahlzeiten reduzieren oder auslassen und könnten sich aufgrund fehlender finanzieller Ressourcen und nach wie vor hoher Inflation (2023: unter 200 %) Lebensmittel nicht leisten.⁴⁶

Zentralafrikanische Republik

Weiterhin viele Kindersoldaten und -soldatinnen

Anlässlich des Internationalen Tages gegen den Einsatz von Kindersoldaten (auch Red Hand Day) veröffentlichte Familienministerin Marthe Kirima am 12.02.24 eine von einer Presseagentur aufgegriffene Mitteilung, wonach etwa 10.000 Kinder weiterhin für bewaffnete Gruppierungen kämpfen würden. 15.000 Kinder hätten diesen in der Vergangenheit entkommen können. Unter ihnen seien viele traumatisiert und hätten Schwierigkeiten, in ein normales Leben zurückzukehren. Wie der Agenturbericht weiter ausführt, bieten die UN Berufsausbildungsprogramme zur Unterstützung der Reintegration an.

Im Jahr 2022 konnten die UN die Neurekrutierung von 111 Jungen und 23 Mädchen im Alter zwischen sieben und 17 Jahren durch bewaffnete Gruppierungen, aber auch durch staatliche Sicherheitskräfte verifizieren, wie aus einem Bericht des UN-Generalsekretärs vom 05.06.23 hervorgeht. Insgesamt 88 Kinder wurden durch den der Coalition des patriotes pour le changement (CPC) zugehörigen Rebellengruppen sowie durch zwei Fraktionen der Lord's Resistance Army (LRA) rekrutiert. Hiervon dienten 40 Jungen in Kampfeinsätzen. 46 Kinder wurden durch Sicherheitskräfte rekrutiert und zum Kochen, Tragen, Wasserholen und an Checkpoints eingesetzt. Bewaffnete Gruppierungen setzten Ministerin Kirima zufolge die Kinder außer in Kämpfen auch für Spionage sowie Boten- und Kochdienste ein oder versklavten diese sexuell.⁴⁷

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing Notes
BN-Redaktion@bamf.bund.de

-
- 1 The New Arab: Egypt releases 32 pre-trial detainees including three female journalists, 08.02.24; Egypt Today: Egyptian prosecution releases 32 pretrial detainees including journalists Ajrama, Korbige, Fahmy, 07.02.24; The New Arab: Egypt renews detention of journalist Manal Ajrama, 08.02.23; Middle East Eye: Egypt: State TV journalist and activist Hala Fahmy detained, 26.04.22.
 - 2 Human Rights Watch: Egypt: Court Punishes Activists for Challenging al-Sisi, 08.02.24; Middle East Eye: Egypt: Ahmed Tantawy sentenced to jail for challenging Sisi, says rights group, 08.02.24; The New Arab: Egypt sentences ex-presidential candidate Ahmed Tantawi to a year in prison for 'unauthorised endorsements', 07.02.24.
 - 3 Africa-News: Ethiopia rejects allegations its forces massacred civilians as the West urges an investigation, 15.02.24; Africa-News: Ethiopia rejects allegations its forces massacred civilians as the West urges an investigation, 15.02.24. BBC-News: Amhara conflict: Ethiopians massacred in their homes by government troops, 13.02.24.
 - 4 AmuTV: Taliban 'seize' hundreds of homes in Panjshir, report says, 15.02.24 ; Hasht-e Sobh: Taliban's Brutality: 13 Individuals, Including Girls, Publicly Whipped in Bamyán Province, 14.02.24 ; Hasht-e Sobh: Taliban Detain Four Women in Kunduz Province Over Alleged Dress Code Violation, 13.02.24 ; Hasht-e Sobh: Taliban Fire on Car at Checkpoint, Killing Five in Kabul, 13.02.24 ; Hasht-e Sobh: Taliban Detain Former Government Military Officer on Kabul-Daikundi Route, 09.02.24 ; KabulNow: Taliban Publicly Flogs 13 Individuals in Bamyán Province, 14.02.24 ; KabulNow: Taliban Shoots at Taxi in Kabul, Killing Five, 14.02.24 ; KabulNow: Taliban Detains Two Former Soldiers On Daikundi-Kabul Highway, 15.02.24.
 - 5 Africa News: Sahel Alliance: ministers confirm ECOWAS withdrawal at meeting, 16.02.24; Reuters: Junta-led Sahel states confirm plan to form tri-state confederation – ministry, 15.02.24.
 - 6 Africanews: DR Congo. Anti-Western protests take place in Kinshasa, 13.02.24; BBC News: DR Congo protests. Police fire tear gas to disperse anti-Western demonstrations in Kinshasa, 13.02.24; DW: Kämpfe im Ostkongo schüren anti-westliche Stimmung, 14.02.24; Reuters: Congo protesters burn US and Belgian flags, target Western embassies, 12.02.24; Reuters: U.N. peacekeeping mission says staff, vehicles attacked in Congolese capital, 10.02.24.

- 7 Reuters: El Salvador ex-security adviser who accused ruling party of corruption dies in custody, 09.02.24; DW: Muere Alejandro Muysshondt en custodia del Estado salvadoreño, 09.02.24; Infobae: Denuncian señales de tortura en el cadáver de exasesor de Gobierno de El Salvador, 09.02.24; La Prensa Gráfica: VIDEO| Madre de Alejandro Muysshondt denuncia pérdida del expediente médico de su hijo, 09.02.24; El Salvador.com: Las denuncias que llevaron a Alejandro Muysshondt a la cárcel... y a la muerte, 10.02.24.
- 8 AP News: Protests erupt across Haiti as demonstrators demand that the prime minister resign, 06.02.24; Reuters: Five armed Haiti environment agents killed in clash with police, 08.02.24; AP News: Haiti's prime minister calls for calm as violent protests seek his ouster, 08.02.24; CNN: La población de Haití comienza a levantarse contra la violencia de las pandillas y de su actual gobierno, 10.02.24; United Nations: Haiti: Human rights deteriorating as gang violence spreads, 09.02.24; CNN: Homicidios en Haití se duplican y más de 8.000 personas fueron víctimas de la violencia de pandillas en 2023, advierte ONU, 23.01.24; CNN: Violencia de las pandillas se extiende a las zonas rurales de Haití, revela informe de la ONU, 28.11.23; Reuters: Haiti's gang wars death toll doubles to nearly 5,000 in a year -UN, 23.01.24; Reuters: Haitian gangs' growing funds, arsenals challenge planned intervention -report, 13.02.24; ZEIT online: Haitianer protestieren mit Generalstreik gegen Bandengewalt, 29.01.24; Zeit online: Haitianer protestieren mit Generalstreik gegen Bandengewalt, 29.01.24; ZDF heute: UN-Sicherheitsrat billigt Einsatz in Haiti, 03.10.23; Reuters: Haiti gang wars block aid routes for most vulnerable, U.N. agency says, 15.02.24.
- 9 ABC News: Why tens of thousands of Indian farmers are protesting again, 13.02.24; Al Jazeera: India farmers march: What are their demands? Why is gov't blocking roads?, 13.02.24; Al Jazeera: Riot police fire tear gas on farmers protesting in India, 13.02.24; Al Jazeera: Indian police fire tear gas as protesting farmers march on Delhi, 13.02.24; Al Jazeera: Tear gas and rubber bullets as Indian farmers march on Delhi, 14.02.24; Associated Press News: Why tens of thousands of Indian farmers are protesting again, 16.02.24; NDTV: Protest Live Updates: Farmers' Delhi March On Amid Bharat Bandh Call, 16.02.24; Getty Images: IND: Indian Capital Locks Down as Farmers Mass to Protest Crop Prices.
- 10 Shafaq: Transgender blogger "Simsim" assassinated in Diwaniyah, 15.02.24; BNN Breaking: Justice for Simsim: A Transgender Blogger Murdered in Iraq, 15.02.24; CNN: Prominent Iraqi TikToker fatally shot in Baghdad amid crackdown on LGBTQ community, 28.09.23.
- 11 BBC News Farsi live: تائید حکم یک سال حبس سمانه اصغری [Confirming the sentence of one year imprisonment of Samaneh Asghari], 11.02.24; Hengaw: Tehran activist samaneh asghari receives one-year prison sentence, 16.12.23.
- 12 Iranwire: Iranian Baha'i woman jailed for five years, 14.02.24; BBC News Farsi live: کیوان رحیمیان، شهروند بهایی در مجموع به ۹ سال حبس محکوم شد [Keyvan Rahimian, a Baha'i citizen, was sentenced to a total of 9 years in prison], 16.02.24.
- 13 Radio Free Europe Radio Liberty: Women's activist rashno says she's been summoned to serve sentence at Tehran's Evin prison, 16.02.24.
- 14 Human Rights Watch: Yemen: Houthis Recruit More Child Soldiers Since October 7, 13.02.24; CNN Arabic: النص الكامل لكلمة عبدالملك الحوثي حول "طوفان الأقصى" والرد الإسرائيلي [The full text of Abdulmalik al Houthi's speech on the "al-Aqsa Flood" and the Israeli response], 11.10.23; Saba Net: عرض شعبي مسلح للدفعة الأولى من الدورات المفتوحة "طوفان الأقصى" بميدان السبعين [Armed popular parade for the first batch of "Al-Aqsa Flood" open courses in al-Sabeen Square], 02.12.23.
- 15 UNOCHA: Yemen: OCHA urges Security Council to "choose the path of de-escalation and peace". 14.02.24; UNOCHA: Financial Tracking Service. Yemen Humanitarian Response Plan 2023, 2023.
- 16 HRW: Yemen: Judge Arrested After Criticizing Houthis, 30.01.24; BAMF: Länderreport 63: Jemen. Die Sicherheitslage seit Beginn des Waffenstillstands, November 2023, S. 8f.
- 17 Human Rights Watch: Trial for Cameroon Village Massacre Drags On. 14.02.24; Human Rights Watch: Cameroon: 2 Years On, Massacre Victims Await Justice, 14.02.22; Die Tageszeitung: Geleugnetes Massaker, 18.02.20.
- 18 El País: La captura de alias Pipe aviva la violencia en Tuluá, 12.02.24; El País: El 'plan pistola' que desató una nueva crisis en las cárceles de Colombia, 18.02.24; El País: Tuluá, la ciudad colombiana en la que pagan 100 dólares por muerto, 18.02.24; El Espectador: La Inmaculada: este es el grupo criminal que tiene en jaque a Tuluá, 11.02.24.
- 19 CNN Español: Ministro de Justicia de Colombia pide que se declare la "emergencia carcelaria" en el país, 10.02.24; CNN Español: Colombia declara "emergencia carcelaria" por el aumento de la violencia en los centros penitenciarios, 12.02.24; CNN Español: Continúa la violencia en las cárceles de Colombia: dos guardias muertos y cinco atentados, según el Gobierno, 14.02.24; El País: El Gobierno de Colombia declara la emergencia carcelaria, 12.02.24; El País: El 'plan pistola' que desató una nueva crisis en las cárceles de Colombia, 18.02.24.
- 20 CNN Español: Mueren 4 militares colombianos y 7 quedan heridos en un ataque del Clan del Golfo en Antioquia, 16.02.24.
- 21 The National News: 'They were only civilians': shock in Lebanon's Nabatieh after Israel's air strikes, 16.02.24; Naharnet: Israeli strikes in south kill 5 fighters from Hezbollah, Amal, 17.02.24.
- 22 Amnesty International: Libya: Internal Security Agency must end abuses in name of 'guarding virtue', 14.02.24; The Libyan Observer: Libyan Internal Security Apparatus accuses Amnesty International of publishing false information, 18.02.24; Middle East Monitor: Libya moderate Islamic interpretations under threat as more radicals penetrate government institutions, 01.06.23.
- 23 Radio France Internationale: Mali: les blocus sur Tombouctou et sa région ont de lourdes conséquences sur les populations, 05.01.24; Voice of America: Tuareg Separatists Lift Road Blockades in Northern Mali, 10.02.24; Voice of America: Separatist Tuaregs Announce Blockade in Northern Mali, 21.12.23.

-
- 24 Confidencial: Congreso de Costa Rica exige “determinar” si en el país operan células orteguistas, 16.01.24; ACLED: Regional Overview Latin America & the Caribbean January 2024, 09.02.24; Voz de America: Oleada de violencia en Costa Rica sacude a migrantes nicaragüenses, 19.01.24; AP News: Nicaragua opponent exiled in Costa Rica wounded in shooting, 12.01.24; amerika21: Exil-Oppositionsführer aus Nicaragua in Costa Rica angeschossen, 17.09.21; Havana Times: Gun Attack on Nicaraguan Exile Joao Maldonado in Costa Rica, 10.01.24; EFE: Acnur expresa preocupación por atentado contra dos refugiados nicaragüenses en Costa Rica, 12.01.24.
- 25 Reuters: Gunmen kill four, abduct at least 40 in northwest Nigeria, 13.02.24; Premium Times: Terrorists kill 13, including police officers, abduct 40 residents in Zamfara, 14.02.24; Premium Times: Terrorists again kill seven, abduct 20 in Zamfara, 16.02.24.
- 26 Premium Times: Terrorists kill nine traders in Katsina highway attack, 12.02.24; The Punch Newspaper: Bandits kill nine in Katsina market attack, 13.02.24.
- 27 Premium Times: Boko Haram: 500 detained suspects released in Borno, 13.02.24; Ripples Nigeria: 500 Boko Haram suspects cleared, released from military facility –Borno Commissioner, 15.02.24.
- 28 Times Now News: Pakistan Elections 2024: Nawaz Sharif’s PML-N, Bilawal Bhutto’s PPP Agree To Form Coalition Government, Check Latest Party Position, 11.02.24; The Guardian: Pakistan: coalition agrees to form government and shut out Imran Khan’s party, 13.02.24; Al Jazeera: ‘Mandate thieves’: New Pakistan government takes shape amid slew of jabs, 14.02.24; RFE/RL: Pakistan Parties Agree On Coalition Excluding Former PM Khan, 14.02.24; Dawn: Rawalpindi commissioner says poll results ‘manipulated’ under his watch; ECP rejects claims, 17.02.24; India Today: Pakistan bureaucrat ‘accepts responsibility’ for poll result manipulation, resigns, 17.02.24.
- 29 Associated Press: Israeli forces storm the main hospital in southern Gaza, saying hostages were likely held there, 16.02.24; Reuters: Israel’s six-week drive to hit Hamas in Rafah and scale back war, 19.02.24; Associated Press: 5 patients die as oxygen runs out in Gaza hospital seized by Israeli forces, health officials say, 16.02.24; Reuters: Fighting, fuel shortages knock out Gaza’s second-largest hospital, 18.02.24.
- 30 Associated Press: UN food agency says humanitarian and economic situation in West Bank deteriorating, 13.02.24; Associated Press: Israel’s West Bank settler population grew nearly 3%. Supporters say Gaza war could give new push, 11.02.24; Associated Press: US investigators visit homes of two Palestinian-American teens killed in the West Bank, 15.02.24.
- 31 The Times of Israel: Two killed, 4 hurt in terror attack at Re’em Junction in south Israel; gunman dead, 16.01.24; Associated Press: 5 patients die as oxygen runs out in Gaza hospital seized by Israeli forces, health officials say, 16.02.24.
- 32 RFE/RL: Aleksei Navalny, Dogged Anti-Corruption Crusader And Outspoken Kremlin Foe, Dies In Prison, 17.02.24; tagesschau.de: Oppositioneller Nawalny in Haft gestorben, 16.02.24; welt.de: Vom Tod eines Unbeugsamen, 16.02.24; taz.de: Kreml-Kritiker Nawalny ist tot, 16.02.24.
- 33 Spiegel.de: Mehr als 300 Menschen bei Protesten in Russland festgenommen, 18.02.24; tagesschau.de: Festnahmen und ein Mordvorwurf, 17.02.24.
- 34 Le Monde: Au Sénégal, l’opposition manifeste pour la première fois depuis le report de la présidentielle, 17.02.24; Reuters: US urges timely election in Senegal, welcomes court ruling against delay , 17.02.24; Deutsche Welle: Senegal: Will election delay U-turn appease protesters?, 16.02.24; BBC: Senegal election: Opposition supporters march in Dakar calling for swift vote, 18.02.24; France24: Thousands of Senegalese march in first authorised protest since election postponement, 17.02.24; Radio France Internationale: les libérations des prisonniers dits «politiques» se poursuivent, 17.02.24; Radio France Internationale: une marche pour maintenir la pression pour le respect du calendrier électoral, 17.02.24; Radio France Internationale: le président s’engage à organiser la présidentielle «dans les meilleurs délais», 16.02.24; Reuters: Senegal constitutional council finds election delay was unlawful, 16.02.24; France24: Senegal court rules govt’s postponement of Feb. 25 presidential poll was illegal, 15.02.24; BBC: Senegal election delay ruled unlawful, 16.02.24; Le Monde: Au Sénégal, le Conseil constitutionnel invalide le report de l’élection présidentielle décidé par Macky Sall, 15.02.24; Amnesty International: Authorities must investigate killings and police brutality against protesters, 13.02.24; Human Rights Watch: Delayed Elections Spark Violence, Repression, 12.02.24; Committee to Protect Journalists: At least 25 journalists attacked, detained, or tear gassed in Senegal protests, 14.02.24; Radio France Internationale: Crise au Sénégal: la société civile continue de se mobiliser contre le report de la Présidentielle, 15.02.24; Le Monde: Au Sénégal, les autorités interdisent la marche contre le report de l’élection présidentielle, 13.02.24; Deutsche Welle: Authorities ban protest march and suspend internet, 13.02.24; Radio France Internationale: une première vague de détenus libérés sur fond de crise politique, 15.02.24; Radio France Internationale: entre la présidence et Ousmane Sonko, un dialogue semble désormais possible, 14.02.24.
- 35 Dabanga: Communications blackout: El Sudani network restored, 13.02.24; BBC News: Sudan internet blackout ends for some, 12.02.24; Sudan Tribune: Resistance Committees report civilians’ murder during RSF armed robberies in Central Sudan, 17.02.24; The Guardian: Sudan armed forces advance in Omdurman for first time since start of war, 17.02.24; Sudan Tribune: Al-Burhan visits Omdurman after Sudanese army’s advancement, 17.02.24.
- 36 OHCHR: „We did not fear death but the life there“. The Dire Human Rights Situation Facing Syrian Returnees, 13.02.24; OHCHR: Syrian returnees subjected to “gross human rights violations and abuses”, UN report details, 13.02.24.
- 37 Reuters: Syria allows UN to keep delivering aid from Turkey, 12.02.24.
- 38 Associated Press: Islamic State militants attack Syrian military barracks and kill 9 troops, war monitors say, 14.02.24.
- 39 Associated Press: Jordan kills 5 drug smugglers on the Syrian border. The area is known for an addictive amphetamine, 19.02.24.
- 40 RFI: Togo. Les prochaines élections législatives et régionales auront lieu le 13 avril 2024, 09.02.24; Togo Presse: Les élections législatives et régionales auront lieu samedi 13 avril 2024, 08.02.24.

-
- 41 CPJ: Three Turkish journalists found guilty of aiding terrorist organization 'without being a member', 15.02.24; Duvar English: Turkish court gives prison sentence to veteran journo Ilicak, Altan in retrial, 16.02.24.
- 42 The Guardian: Russia-Ukraine war at a glance: what we know on day 721, 13.02.24; The Guardian: Russia-Ukraine war at a glance: what we know on day 722, 15.02.2024; Tagesschau.de: Russische Angriffswelle auf weite Teile der Ukraine, 15.02.24; RFE/RL: Ukraine, Russia Exchange Missile Strikes With Both Sides Reporting Deaths, 15.02.24.
- 43 The Guardian: Russia-Ukraine war at a glance: what we know on day 721, 13.02.24. Tagesschau.de: Ukraine meldet Zerstörung von russischem Schiff, 14.02.24; The Guardian: Russia-Ukraine war at a glance: what we know on day 722, 15.02.24; The Guardian: Russia-Ukraine war at a glance: what we know on day 723, 16.02.2024; RFE/RL: Ukraine Withdraws Some Units From Avdiivka After Deploying Advanced Brigade To 'Hellish' Battle, 15.02.24; The Guardian: Ukrainian forces withdraw from Avdiivka to avoid encirclement, army chief says, 17.02.24; The Guardian: Volodymyr Zelenskiy pleads for more arms as frontline Ukrainian city falls, 17.02.24; The Guardian: Russia-Ukraine war at a glance: what we know on day 726, 19.02.24.
- 44 Tagesschau.de: Direkte Kriegsschäden in Höhe von mehr als 150 Milliarden Dollar [Liveblog], 15.02.24; Tagesschau.de: Ökonomen fürchten enorme Kriegsschäden [Liveblog], 14.02.24.
- 45 CNN Español: Abogado de la activista Rocío San Miguel dice que aún desconoce dónde está detenida y teme que se trate de una "desaparición forzada", 12.02.24; Reuters: Five relatives of detained Venezuela activist reported missing, 12.02.24; Crónica Uno: Abogado de San Miguel: Todo se corresponde con una desaparición forzada, 12.02.24; Spiegel: Uno fordert sofortige Freilassung von venezolanischer Menschenrechtsaktivistin, 13.02.24; Efecto Cocuyo: Excarcelan bajo medidas cautelares a cuatro familiares de Rocío San Miguel, 13.02.24; El País: La familia de Rocío San Miguel, su hija y su exmarido tras su detención en Venezuela: "Tememos por sus vidas", 13.02.24; CNN Español: La "furia bolivariana" de Maduro suma al menos 36 civiles y militares detenidos en Venezuela, 13.02.24; CNN Español: Fuerzas de seguridad de Venezuela allanan la casa de la activista Rocío San Miguel, 15.02.24; El País: El fiscal venezolano arremete contra las organizaciones de derechos humanos: "Mienten y delinquen", 15.02.24; France24: Imputarán por "traición a la patria" y "terrorismo" a la analista militar detenida en Venezuela, 12.02.24.
- 46 CNN Español: Venezuela expulsa a la Oficina de ONU-DD.HH. después informe sobre el hambre, 15.02.24; CNN Español: La ONU y EE.UU. expresan "profunda preocupación" por la detención de la activista venezolana Rocío San Miguel, 13.02.24; The Guardian: Venezuela closes UN human rights office citing 'colonialist attitude', 15.02.24; Reuters: Venezuela asks UN human rights staff to leave country amid review, 15.02.24; Efecto Cocuyo: Relator de la ONU: Gente de todo el país sigue teniendo problemas para acceder a suficientes alimentos, 14.02.24.
- 47 Associated Press: Central African Republic: 10K Children Still Fighting Alongside Armed Groups, in: Voice of America, 12.02.24; UN General Assembly and UN Security Council: Children and armed conflict. Report of the Secretary-General, 05.06.23.